

**Presseinformation**

zur Herbsttagung der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.  
am 9. und 10. November 2022 in Göttingen

## **Wege zu mehr Resilienz im Agrar- und Ernährungssystem**

**Göttingen, 18. November 2022** – „Never waste a good crisis“ – dieses Churchill zugeschriebene Zitat stellte Dr. Juliane Rumpf, Vorsitzende des Vorstands der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. (ASG), an den Anfang ihrer Begrüßung zur diesjährigen ASG-Herbsttagung in Göttingen. Als Beispiel nannte sie die Corona-Pandemie, die verzögerte Entwicklungen wie die Digitalisierung beschleunigt habe. Möglicherweise führe nun die aktuelle Energiekrise dazu, dass wir die Energiewende besser bewältigten. Gleichzeitig seien Krisen ein Prüfstein, wie abhängig und verletzlich wir seien, so Rumpf.

Wie wir aus den aktuellen Krisen – der Corona-Pandemie und dem Ukraine-Krieg – hervorgehen und was wir daraus lernen können und sollten, damit speziell unser Ernährungssystem in künftigen Krisen resilienter ist, dafür lieferten die Referentinnen und Referenten dieser Tagung vielfältige Denkanstöße.

### **Angespannte Lage auf dem Weltmarkt wird bleiben – Auswirkungen erst nächstes Jahr richtig merkbar**

Seit der Agrarpreiskrise 2007/2008 habe sich die Ukraine zu einem wichtigen Agrarexporteur für Weizen, Mais und Sonnenblumenprodukte entwickelt, erläuterte **Prof. Dr. Alfons Balmann**, Direktor des Leibniz-Instituts für Agrarentwicklung und Transformationsökonomien (IAMO). Der durch den russischen Angriff auf die Ukraine verursachte Produktionsrückgang werde für 2022 in der Summe auf 30 - 40 % geschätzt. Trotz akuter Gefahren (z. B. durch Minen) und Erschwernisse (z. B. Mangel an Betriebsmitteln und Arbeitskräften) sei in den im März 2022 besetzten Gebieten nach Abzug der russischen Truppen der Großteil der Sommerkulturen ausgesät worden. In den derzeit noch besetzten Gebieten hingegen sei die landwirtschaftliche Produktion überwiegend zum Erliegen gekommen. Die größten Probleme seien aktuell die Transportlogistik, Mangel an Liquidität und die Energiekosten, zu denen nun noch Störungen in der Stromversorgung hinzukämen. Rechnet man die noch im Land lagernden Restbestände der Vorernte hinzu, könnte die Ukraine in diesem Jahr dennoch in etwa die Mengen exportieren wie im letzten Jahr, es hänge aber vom Transport ab. Alternativen zum Transport per Schiff seien teuer und begrenzt. Die hohen Transportkosten könnten nicht an die Käufer weitergegeben werden, sondern gingen zu Lasten der Erzeuger in der Ukraine. Für 2023 könne erneut mit drastischen Produktionseinschränkungen gerechnet werden. Der Umfang der landwirtschaftlichen Tätigkeit hänge maßgeblich auch von der Liquidität der Betriebe ab – es drohten Insolvenzen in der ukrainischen Landwirtschaft. Der Umfang des Anbaus der Sommerkulturen sei deshalb kaum abschätzbar, die Weizenanbaufläche werde vermutlich deutlich niedriger sein als in den Vorjahren, die angespannte Lage am Weltmarkt werde folglich bleiben.

### **Trotz Krisen die langfristigen Herausforderungen im Blick behalten**

Mit der Afrikanischen Schweinegrippe, der Covid-19-Pandemie und dem russischen Krieg gegen die

Ukraine habe es in den letzten Jahren drei große internationale Entwicklungen gegeben, die starke Auswirkungen auf das Weltagrar- und Ernährungssystem gehabt hätten, stellte **Dr. Stephan Hubertus Gay**, Senior Agricultural Policy Analyst bei der OECD, fest. Bestrebungen, die Auswirkungen derartiger Krisen auf das Weltagrar- und Ernährungssystem zu reduzieren und dieses resilienter zu machen, müssten immer auch vor dem Hintergrund der langfristigen Herausforderungen gesehen werden: ausreichend und bezahlbare Lebensmittel für eine wachsende Weltbevölkerung sicherzustellen, dabei die Umweltauswirkungen (insbes. durch Treibhausgasemissionen) zu reduzieren und die Lebensverhältnisse der Landwirt\*innen und des ländlichen Raumes sicherzustellen. Hierfür sei ein nachhaltiges Produktivitätswachstum notwendig. Entscheidend sei aber auch eine Reduzierung der Verluste in der Lebensmittelkette und eine Anpassung der Ernährung. Ohne ein verlässliches und regelbasiertes Handelssystem könne diesen Herausforderungen nicht begegnet werden, da es sowohl Resilienz als auch die Effizienz des Weltagrar- und Ernährungssystem sicherstelle.

### **Weg vom Sektor, hin zum System**

Um die Welternährung, die menschliche und die planetare Gesundheit zu sichern, reiche ein reiner Fokus auf die Landwirtschaft nicht aus, so **Dr. Lukas Fesenfeld**, Wissenschaftler am Oeschger Centre for Climate Change Research (OCCR) der Universität Bern und Dozent an der ETH Zürich. Eine strategische Neuausrichtung von einer Agrar- hin zu einer umfassenden Ernährungssystempolitik sei deshalb notwendig. Eine umfassende Ernährungssystempolitik entlang der Wertschöpfungskette vergrößere das politische Spielfeld und führe dazu, dass neue Akteure zusammenkämen, wodurch unerwartete Interessenskoalitionen denkbar würden. Dies könne eine Einführung von politischen Maßnahmen entlang der Wertschöpfungskette, z. B. ein umfassender Transformationsfonds, erhöhte Transparenzpflichten sowie Lenkungsabgaben, ermöglichen. Gut moderierte, multilaterale Verhandlungsprozesse zwischen zentralen Akteuren im Ernährungssystem, z. B. im Rahmen der Zukunftskommission Landwirtschaft, könnten eine solche strategische Neuausrichtung der Agrar- und Ernährungspolitik begünstigen. Ein unabhängiges wissenschaftliches Monitoring der Fortschritte und entsprechende Sofortprogramme bei Handlungslücken seien wichtig, um den Transformationsprozess zu beschleunigen. Positive Kippunktdynamiken seien dann möglich.

### **Lieferkettenunsicherheiten während der Corona-Pandemie geben Anstoß für De-Globalisierung**

Bis zur Finanzkrise 2007/2008 könne von einem Zeitalter Hyper-Globalisierung gesprochen werden, ausgelöst durch den Fall der Mauer und den Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation, so **Prof. Dr. Dalia Marin**, TUM School of Management, TU München. Ein Großteil der Produktion sei nach China verlagert worden. Dies habe zu einer Explosion der Lieferketten geführt (60 % des Welthandels seien auf globale Lieferketten zurückzuführen), da sowohl die Kosten für Transport als auch für Arbeitskräfte in den produzierenden Ländern gering waren. Die Finanzkrise 2007/2008 habe zu einem Unsicherheitsschock geführt und dadurch zu einem Stopp der Lieferketten und der Hyper-Globalisierung. Gleichzeitig seien die Kosten für Investitionen in Automatisierung gesunken, sodass reiche Industrieländer die Produktion in ihre Länder zurückverlagert und Arbeitskräfte durch Roboter substituiert hätten. Der Unsicherheitsschock durch die Covid-Krise sei mit dem der Finanzkrise vergleichbar und führe zu einer De-Globalisierung. Laut Ifo-Umfrage planten 50 % der deutschen Firmen, ihre Abhängigkeit von China zu verringern, 19 % planten, ihre Produktion nach Deutschland zurückzuverlagern. Der Ukraine-Krieg andererseits habe vor allem Auswirkungen auf die Agrarproduktion – hier seien Rückverlagerungen nicht möglich, da der zu bewirtschaftende Boden limitierender Faktor sei.

### **Umbau des Ernährungssystems notwendig für Bekämpfung des Hungers und des Klimawandels**

Bis 2030 solle das Ziel Zero Hunger erreicht werden. Seit 2019 gehe die Entwicklung aber richtig schnell in die falsche Richtung, stellte **Dr. Martin Frick**, Leiter des Berliner Büros des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen (WFP), fest: Im Dezember 2021 gab es 276 Mio. akut hungrige Menschen. Das sei im Vergleich zu 2019 eine Verdoppelung, ausgelöst im

Wesentlichen durch die Corona-Pandemie. Durch den Wegfall der ukrainischen Lebensmittelexporte sei die Zahl der akut Hungernden nun auf 345 Mio. explodiert.

Unser Ernährungssystem sei ursächlich für fast 40 % der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Gleichzeitig liege hier aber auch unsere größte Hoffnung, der Klimakrise entgegenzusteuern, u. a. deswegen, weil unser Agrarsystem extrem ineffizient sei, das Optimierungspotenzial also groß. Als Beispiele nannte Frick die Lebensmittelverschwendung in OECD-Ländern (36 % aller Lebensmittel) und die Verwendung von bspw. Getreide als Tierfutter und Treibstoff. Nur ein Viertel lande in Deutschland tatsächlich auf dem Teller. Im Sudan wiederum würden 70 % der Lebensmittel verderben, weil die Infrastruktur fehle, um sie zu den Märkten transportieren, lagern oder verarbeiten zu können. Hier brauche es regionale und lokale Märkte und andere Anbaumethoden: mehr Diversifizierung der angebauten Früchte, vor allem mehr Anbau von Lebensmitteln für den heimischen Bedarf und nicht von Exportprodukten wie Baumwolle oder Kakao, mehr Hülsenfrüchte (Nitratfixierung). Der Ukraine-Krieg zeige, dass man sich nicht darauf verlassen könne, Lebensmittel immer billig auf dem Weltmarkt einkaufen zu können.

### **Abhängigkeiten des Globalen Südens müssen verringert werden**

Ähnlich äußerte sich **Dr. Silke Bollmohr**, Referentin für Welternährung und globale Landwirtschaft, INKOTA-netzwerk e.V. Der Ukraine-Krieg verschärfe die bestehende Welternährungskrise – das Menschenrecht auf Nahrung werde jedoch zusätzlich durch bestehende Ungerechtigkeiten und das Fehlen von Nachhaltigkeitsaspekten verletzt. Dabei spiele vor allem die Abhängigkeit der Länder des Globalen Südens von Importen, Düngemitteln und Pestiziden eine große Rolle. Der Anbau weniger Sorten, oft nicht für die Nahrung gedacht, sondern angebaut für Trog und Tank, verstärke diese Abhängigkeiten.

Um eine Transformation hin zu resilienteren Ernährungssystemen einzuleiten und zu unterstützen, nannte Bollmohr als kurzfristige Interventionsmaßnahmen u. a. mehr Preiskontrolle, z. B. durch Einführung eines Preisdeckels für Nahrungsmittel und Dünger, sowie eine stärkere finanzielle Unterstützung für Länder mit niedrigem Einkommen und Nahrungsmitteldefizit. Als mittelfristige Interventionsmaßnahmen forderte sie u. a. die Einrichtung eines Krisenfonds bei der FAO für die vergünstigte Abgabe organischer Düngemittel, für agrarökologische Beratung und soziale Sicherung statt Blanko-Subventionen, die Stärkung ganzheitlicher Systeme nach den Prinzipien der Agrarökologie und damit einhergehend den Ausstieg aus Grüne Revolution-Programmen, da diese das Gegenteil ihrer selbsterklärten Ziele bewirkt hätten, die Entflechtung von Agrar- und Ernährungskonzernen sowie die Förderung lokaler mittlerer und kleiner Unternehmen und lokaler/regionaler Vermarktungsnetzwerke statt globaler Wertschöpfungsketten.

### **Internationaler Gütertausch kann den Ausfall wichtiger Exporteure kompensieren**

Der internationale Handel mit Agrarrohstoffen habe sich sowohl während der Corona-Pandemie als auch seit Beginn der russischen Invasion der Ukraine als sehr resilient erwiesen, stellte **Jakob DeHoust**, Marktanalyst bei ADM Hamburg Aktiengesellschaft fest. Während die Ukraine seit Ausbruch des Krieges ca. 1 Mio. t Weizen weniger als im Vorjahr exportiert habe, hätten andere Exporteure wie Indien oder Argentinien dieses Minus kompensieren können, sodass sich das Handelsvolumen letztlich insgesamt nicht verringert habe. Und obwohl der Krieg noch andauere, seien die Agrarpreise aktuell wieder auf Vorkriegsniveau gefallen. Die größte Herausforderung für Handelsunternehmen sei die unsichere Perspektive. Funktion und Vorteile des internationalen Handels sollten jedoch seiner Meinung nach nicht unterschätzt und der internationale Gütertausch nicht grundsätzlich infrage gestellt werden.

### **Green Deal und Farm-to-Fork aus Sicht des DBV**

Der Green Deal bedeute eine umfassende Neuausrichtung in allen Sektoren. Für die Landwirtschaft liege die besondere Herausforderung darin, dass hier keine kontrollierten Bedingungen gegeben seien, sondern in offenen Systemen gewirtschaftet werde, hob **Stefan Meitinger**, Referent für europäische und internationale Agrarpolitik, Brüsseler Büro des Deutschen Bauernverbandes e.V., hervor. Zudem sei die Nahrungsmittelproduktion der wichtigste Sektor, daher sollten Emissionen hier anders bewertet werden als bei Autoherstellern, was jedoch keinen Freifahrtschein für die

Landwirtschaft bedeute. Der Deutsche Bauernverband (DBV) betrachte und bewerte die Zielvorgaben des Green Deal und der Farm-to-Fork-Strategie sowie die daraus resultierenden Anforderungen an die Landwirtschaft auch unter dem Aspekt der wirtschaftlichen Zwänge. U. a. bemängelte Meitinger bei den in der Farm-to-Fork-Strategie formulierten Zielvorgaben zur Reduktion bspw. von Antibiotika oder Pflanzenschutzmitteln um 50 % bis 2030 die fehlende Benennung von Alternativen und forderte, den Fokus auf die Effizienzsteigerung zu legen statt auf den Verzicht. Regeln und Standards zu Zulassung und Anwendung von Betriebsmitteln sowie Tierwohl-Standards seien europaweit zu vereinheitlichen, außerdem müsse es hier einen internationalen Ausgleich geben.

### **Für eine konsequente Ökologisierung des Sektors**

Obleich der Handlungsdruck enorm sei, werde ein wesentlicher Teil des Zeitraums bis 2030 von einer GAP bestimmt, die nach erster Einschätzung über wenig Transformationspotenzial verfüge, so das Urteil von **Johann Rathke**, Koordinator Agrarpolitik & Landnutzungspolitik, WWF Deutschland. Umso entscheidender sei es, die GAP ab 2023 stärker zu dynamisieren und ab 2028 entsprechend neu auszurichten, z. B. durch eine vollständige Funktionalisierung oder eine Entkopplung von Förder- und Ordnungsrecht sowie eine stärkere Regionalisierung. Weitere Transformationspotenziale böten vor allem kooperative Ansätze – sowohl im politischen Kontext wie bspw. beim Niedersächsischen Weg, innerhalb der Wertschöpfungskette, wie z. B. beim WWF-Projekt „Landwirtschaft für Artenvielfalt“, oder auf zwischenbetrieblicher Ebene, wie z. B. mit dem sog. „Niederländischen Modell“. Weiterhin sollten Transformationsansätze durch die Anpassung der Gesetzgebung, durch technische, politische, systemische oder kulturelle Innovation und auch durch eine Veränderung der politischen Kultur entwickelt und implementiert werden. Die entscheidende Voraussetzung für notwendige Veränderungen im Agrar- und Ernährungssystem und so auch die Bewältigung der ökologischen Herausforderungen sei ein verlässlicher und verbindlicher Transformationspfad, der sowohl der Praxis als auch im politischen Raum die nötige Planungssicherheit verschaffe, die es für Investitions- wie auch politische Entscheidungen brauche.

### **Green Deal und Farm-to-Fork-Strategie weiterhin auf Kurs**

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine habe schwerwiegende Folgen für die weltweite Ernährungssicherheit und wirke sich negativ auf gefährdete Länder und Bevölkerungsgruppen aus. Unmittelbare Auswirkungen seien der Kostenanstieg in der gesamten Lebensmittelversorgungskette, die Destabilisierung der Agrarmärkte durch den Anstieg der Energie- und Düngemittelkosten und die Unterbrechung der Handelsströme aus der und nach der Ukraine und Russland. **Dr. Olaf Heidelberg**, Referat Politikperspektiven, Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung der Europäischen Kommission, betonte, dass die Europäische Kommission alle erforderlichen Maßnahmen unternehme um sicherzustellen, dass die EU durch internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Unterstützung für die am stärksten betroffenen Landwirt\*innen und Verbraucher\*innen zur Gewährleistung der weltweiten Ernährungssicherheit beitrage. Der europäische Green Deal, die Farm-to-Fork- und die Biodiversitätsstrategie seien jedoch weiterhin auf Kurs, um durch die Transformation zu einem nachhaltigeren Ernährungssystem die zukünftige Ernährungssicherheit zu gewährleisten.

Ausführlichere Presseinformationen und Powerpoint-Präsentationen der Referentinnen und Referenten (soweit vorhanden) können unter <https://www.asg-goe.de/ASG-Herbsttagung-2022.shtml> heruntergeladen werden.